

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 16.02.2022

Anfrage Nr.: 0026/2022/FZ
Anfrage von: Stadtrat Bartsch
Anfragedatum: 02.02.2022

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 30. März 2022

Betreff:

Angriffe auf Polizisten bei der Demo Progressives Heidelberg

Schriftliche Frage:

Am Montag, den 31.01.2022 fand eine „Demo gegen Querdenken“ von dem Bündnis Progressives Heidelberg statt, die nach Berichten von Teilnehmern eskaliert ist.

So wird in mehreren Beiträgen auf Facebook ausgeführt, dass ein Teil der Demonstrationsteilnehmer versucht hat, eine Polizeikette zu durchbrechen, die den Zweck hatte, friedliche Spaziergänger vor Angriffen und Übergriffen aus eben jener Demonstration zu schützen.

Ein Nutzer führt aus „Das waren doch die Hanseln, die auf dem Kornmarkt versuchten, durch die Polizeikette zum Marktplatz durchzubrechen und dann die Polizei beschimpften.“ (<https://archive.is/pGNhG>)

Stadträtin Dorothea Kaufmann ergänzt in einem weiteren Kommentar, dass eine Gruppe auf der Demonstration mit einem Megafon mehrfach etwas von „Staatszersetzung“ skandiert hätte. Obwohl sie daraufhin „die Versammlungsleiterin“ darauf aufmerksam gemacht hätte, sei nichts dagegen unternommen worden. Auf dem Karlsplatz wären dann Reden gehalten worden, „die u.a. die Verwaltung der Stadt Heidelberg und die Polizei angriffen“. (ebd.)

Weiter wird in den Kommentaren mit dem Account des Projektes „AfD Watch Heidelberg“, für das die Gründerin 2018 die Bürgerplakette der Stadt Heidelberg erhalten hat (<https://www.heidelberg.de/1384928.html>), ausgeführt: „Kleiner Pro-Tipp: Wenn man die Spitze schon übernimmt und den Leader geben will, dann hat man besser Plan und vermurkst es nicht. Solche „Missverständnisse“ sind Gift fürs Marketing.“ Als Problem wird hier offensichtlich nicht der Angriff auf die Polizei gesehen, sondern, dass so ein Verhalten „Gift fürs Marketing“ wäre.

(https://m.facebook.com/comment/replies/?ctoken=1616504342026538_1616536382023334&count=40&curr&pc=1&ft_ent_identifizier=1616504342026538&eav=AfZiQBA9bqi5t8QJwN8q6gbmbox-rnU3Ww9Or6L_ym2b9Uj4080W3jxcSMwHdLinVafs&av=0&gfid=AQDtprWRNwYhvDCkh0&efid=52&tn=R-R;

Auch werden die friedlichen Spaziergänger mit dem Account des Projekts wiederholt als „Rat lickers“ (Übersetzt Rattenablecker) beleidigt. (<https://archive.is/pGNhG>)

1. Sieht die Stadt Heidelberg die Aussage „Kleiner Pro-Tipp: Wenn man die Spitze schon übernimmt und den Leader geben will, dann hat man besser Plan und vermurkst es nicht. Solche „Missverständnisse“ sind Gift fürs Marketing.“ als beispielhaft für „demokratische Werte und eine freiheitliche Diskussionskultur in Heidelberg“, was als Begründungstext für die Verleihung der Bürgerplakette angegeben war?
2. Sieht die Stadt Heidelberg die Bezeichnung von Menschengruppen mit dem Begriff „Rat lickers“ als beispielhaft für „demokratische Werte und eine freiheitliche Diskussionskultur in Heidelberg“, was als Begründungstext für die Verleihung der Bürgerplakette angegeben war?
3. Wie viele Straftaten wurden im Zuge der Demonstration des Bündnisses Progressives Heidelberg registriert? (Bitte nach Art der Straftaten listen)
4. Wurden Ermittlungen wegen des Verdachts der Beleidigung von Beamten eingeleitet? Wenn Nein, wieso nicht?
5. Bei wie vielen Personen wurden Personalien festgestellt?
6. Wie viele Platzverweise wurden erteilt?
7. Wurden bei dem Durchbruchversuch oder im weiteren Verlauf der Demonstration Beamte verletzt?

Antwort:

Nach § 24 Absatz 4 der Gemeindeordnung und §23 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates kann jede Gemeinderätin / jeder Gemeinderat an den Oberbürgermeister Anfragen über einzelne Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung richten. Es besteht kein Anspruch darauf, dass der Oberbürgermeister einen geschilderten Sachverhalt bewertet, sodass zu dieser Anfrage keine Antwortpflicht besteht.

Die angefragten Zahlen, Informationen, Daten liegen der Stadt Heidelberg nicht vor. Diesbezügliche Anfragen können mit ausreichender Vorlaufzeit an das **Polizeipräsidium Mannheim** gerichtet werden. Die Verfolgung und/oder Aufklärung von Straftaten ist originäre Aufgabe des **Polizeivollzugsdienstes**.

Die **Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit** hat die zentrale Rufnummer: +49 (0)621174-1111 oder per E-Mail: mannheim.pp.sts.oe@polizei.bwl.de

Für **allgemeine Hinweise oder Fragen** an das Polizeipräsidium Mannheim Telefonzentrale: +49 (0)621174-0 oder per E-Mail: mannheim.pp@polizei.bwl.de.

Sitzung des Gemeinderates nach § 37a Gemeindeordnung vom 17.03.2022

Ergebnis: behandelt